

Wissenschaft und Politik. Zur organisierten Interessenvertretung von Forschung und Lehre in der Bundesrepublik Deutschland

Von Martin Sebaldt

Einführung

»Man sagt, und ich unterschreibe das: Politik gehört nicht in den Hörsaal. Sie gehört nicht dahin von seiten der Studenten ... Aber Politik gehört allerdings auch nicht dahin von seiten des Dozenten. Gerade dann nicht, wenn er sich wissenschaftlich mit Politik befaßt, und dann am allerwenigsten. Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei ... Dem Propheten wie dem Demagogen ist gesagt: ›Gehe hinaus auf die Gassen und rede öffentlich.«¹

Was Max Weber bereits in seinem berühmten Vortrag von 1919 thematisierte, besitzt auch heute noch Brisanz und Aktualität: Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Hat es ersterer darum zu gehen, die objektive Erkenntnis zu mehren, so dient letztere dem Zweck, allgemein verbindliche Entscheidungen zu treffen und zu implementieren. Freilich sind beide Bereiche in der Praxis schwerer voneinander zu scheiden, als es auf den ersten Blick scheint. Schon Weber selbst wies auf die diesbezüglichen Rollenkonflikte hin, denen ein wissenschaftlich wie politisch arbeitender Mensch ausgesetzt sei. Und auch die permanente und legitime Forderung an die Wissenschaft, sinnvolle Entscheidungsoptionen zu empfehlen, zwingt die Forschung zu explizit normativen und damit auch politischen Stellungnahmen.² Und schließlich unterliegt auch die Wissenschaft dem Zwang, für ihre eigenen Belange politisch tätig werden zu müssen, mit eigenen Verbänden und Interessenorganisationen sich ihre Handlungsressourcen und ihre gestalterischen Freiräume zu sichern.

¹ Max WEBER, *Vom inneren Beruf zur Wissenschaft*, in: DERS., *Soziologie, universalgeschichtliche Analysen, Politik. Mit einer Einleitung von Eduard Baumgarten*, hrsg. und erläutert von Johannes WINCKELMANN, 5., überarb. Aufl., Stuttgart 1973, S. 325-326 (erstmalig 1919).

² Auch aus diesem Grunde kann sich die Wissenschaft der Werturteilsproblematik nicht so einfach entziehen, wie es die apodiktische Bemerkung Webers glauben machen möchte. Vgl. zu diesem Zusammenhang Werner J. PATZELT, *Sozialwissenschaftliche Forschungslogik. Einführung*, München, Wien 1986, S. 206-210.

Der letzte Aspekt ist Thema der folgenden Abhandlung. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung des bundesdeutschen Kräftefeldes von politisch tätigen Wissenschaftsorganisationen zu dokumentieren und nach Erklärungen für die erhobenen Befunde zu suchen.³

Dabei soll in drei Schritten vorgegangen werden: Erstens ist der gesamtgesellschaftliche Kontext einzuführen, in dessen Rahmen sich die rasante Entwicklung der Interessengruppenlandschaft im Bereich der Wissenschaft vollzogen hat. Zweitens soll es darum gehen, die Vielzahl wissenschaftlicher Verbände typologisch zu ordnen, um sie einer gezielten Untersuchung zugänglich zu machen. Und drittens sollen in der hier gebotenen Kürze exemplarisch ausgewählte, dabei aber typische Organisationen einer detaillierteren Analyse unterzogen werden.

Das Kräftefeld bundesdeutscher Interessengruppen im allgemeinen und wissenschaftlicher Organisationen im speziellen diachron zu analysieren ist ein methodisch diffiziles Unterfangen. In Gestalt der seit 1974 jährlich vom Deutschen Bundestag publizierten »Lobbylisten« liegt jedoch eine Quelle vor, die als Grundlage für eine solche Studie sehr gut geeignet ist. Alle Organisationen, die offiziell bundespolitisch aktiv werden wollen (Teilnahme an parlamentarischen Anhörungen etc.), müssen sich in diesem Kompendium registrieren lassen.⁴ Das Spektrum der in der Bundesrepublik politisch

3 In der sozialwissenschaftlichen Forschung ist dieses Thema bisher nur recht stiefmütterlich behandelt worden. Zwar existieren mehrere Pionierstudien, doch sind sie bereits veraltet. Vgl. Hans W. HETZLER, *Soziale Strukturen der organisierten Forschung. Trägerkraft und Organisation außeruniversitärer Forschungseinrichtungen*, Düsseldorf 1970; Valentin von MASSOW, *Organisation der Wissenschaft und der Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M., Bonn 1968; Frank PFETSCH, *Determinanten des Wachstums wissenschaftlicher Organisationen in Deutschland*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 23 (1971), S. 704-726; Wolfgang TREUE, *Die Organisationen der Wissenschaft*, in: *Verbände und Herrschaft, Pluralismus in der Gesellschaft. Mit Beiträgen von Josef Bennemann u.a.* (Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd.3), Bonn 1970, S. 415-458; eine Spezialstudie bildet Johannes T. THEISSEN, *Die Rolle der Interessenverbände im Hochschulfeld unter besonderer Berücksichtigung von »Bund Freiheit der Wissenschaft« und »Bund demokratischer Wissenschaftler«*, Diss., Bonn 1984.

4 Denn laut Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21.09.72 wird nur denjenigen Interessengruppen Zugang zu parlamentarischen Entscheidungsgremien gewährt, die sich in der Liste registrieren lassen und dabei Angaben zu folgenden Punkten machen: 1. Name und Sitz der Organisation, 2. Adresse, 3. Weitere Adressen, 4. Vorstand und Geschäftsführung, 5. Interessenbereich, 6. Mitgliederzahl, 7. Anzahl der angeschlossenen Organisationen, 8. Verbandsvertreter, 9. Anschrift am Sitz von Bundestag und Bundesregierung. Ausgenommen von dieser Registrierungspflicht bleiben laut Beschluß des Präsidiums des Deutschen Bundestages vom 14.03.73 nur Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie deren Dachorganisationen, da sie keine Verbände im Sinne der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages darstellen. Vgl. Bundesanzeiger Nr. 199 vom 20.10.72. Die einzelnen Listen werden ebenfalls im Bundesanzeiger veröffentlicht, meist im September des jeweiligen Jahres. Vgl. dazu den Vorspann der Lobbyliste von 1994; konkret ist festgelegt: »Das Präsidium des Deutschen Bundestages hat am 25. September 1979 entschieden, nur die Verbände in der öffentlichen Liste

aktiven Verbände wird also von den Lobbylisten sehr zuverlässig erfaßt, da zudem keine ernsthaften Gründe existieren, sich dieser Registrierung zu entziehen, sondern sie letztlich nur Vorteile in Form von Beteiligungschancen bringt. Ausschließlich landespolitisch tätige Organisationen sind somit allerdings nicht berücksichtigt. Doch ist durch dieses Selektionskriterium keine wesentliche Verzerrung der Daten zu erwarten, sind doch diese Interessengruppen im wesentlichen die Landesverbände der entsprechenden Bundesorganisationen, repräsentieren also ein spezifisch landespolitisch gefärbtes Spektrum der bundespolitischen Szene von Verbänden.

Die folgende Abhandlung fußt auf der Auswertung der Listen der Jahre 1974 bis 1994. Die Eingrenzung des Untersuchungszeitraums ist also durch die Quellen diktiert. Doch scheint ein Zeitraum von zwanzig Jahren durchaus ausreichend, um fundierte Aussagen über die Entwicklung des bundesdeutschen Kräftefeldes von Wissenschaftsorganisationen treffen zu können.

1. Organisierte Dienstleistungsgesellschaft: Wissenschaft und ihre Interessengruppen im Verbund des Tertiären Sektors

Die deutsche Gesellschaft ist eine Dienstleistungsgesellschaft, und sie tut dies durch eine Vielzahl unterschiedlichster Interessengruppen kund. Weit mehr als 1500 Organisationen sind derzeit offiziell bundespolitisch tätig, und eine deutliche Mehrheit von ihnen repräsentiert den tertiären Sektor, jenen also, in dem jegliche Form von Dienstleistung erbracht wird. Zu ihm gehören auch die an dieser Stelle interessierenden Wissenschaftsorganisationen.⁵ Tabelle 1 ist dies klar und deutlich zu entnehmen.

Schon 1974 macht der tertiäre Sektor über 60 % des gesamten Funktionsspektrums aus. Der sekundäre, jegliche Form industrieller Produktion umfassende, bleibt schon deutlich unter 30 %, der primäre, der mit der Gewinnung organischer und anorganischer Rohstoffe befaßt ist, reicht kaum mehr an die 6 %-Marke heran. Ein kleiner Anteil von meist großen Spitzenverbänden repräsentiert darüber hinaus mehrere oder alle Funktionssektoren. Über die Jahre hinweg haben sich diese Disparitäten eher noch vergrößert.

weiterzuführen, die bis zum 30. September jeden Jahres entweder die bisherigen Antworten bestätigen oder Änderungen für die nächste Veröffentlichung mitteilen. Die Mitteilungen sind zu richten an die Präsidentin des Deutschen Bundestages – Referat WD 3 – Bundeshaus, Görresstraße 15, 53113 Bonn.«

⁵ Es fehlt an dieser Stelle der Raum für umfassendere Ausführungen zur Entwicklung des gesamten bundesdeutschen Spektrums an Interessengruppen. Vgl. dazu jetzt meine kürzlich fertiggestellte Habilitationsschrift, die eine umfassende empirische Dokumentation dieses Sachverhalts bietet. Auf ihr fußt in Teilen auch die vorliegende Darstellung: Martin SEBALDT, *Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*, 2 Bde., Passau 1996, insb. Kap.2.

Tabelle 1: Die deutsche Verbändelandschaft, gruppiert nach den repräsentierten Funktionssektoren

Jahr	Funktionssektor (Absolutwerte und Prozentanteile)				
	Allgemein	Primär	Sekundär	Tertiär	Summen
1974	25	36	182	392	635
	3,9	5,7	28,7	61,7	100,0
1975	27	37	198	450	712
	3,8	5,2	27,8	63,2	100,0
1976	28	37	211	493	769
	3,6	4,8	27,4	64,1	99,9
1977	34	39	224	534	831
	4,1	4,7	27,0	64,3	100,1
1978	37	42	234	576	889
	4,2	4,7	26,3	64,8	100,0
1979	39	43	247	613	942
	4,1	4,6	26,2	65,1	100,0
1980	38	44	253	661	996
	3,8	4,4	25,4	66,4	100,0
1981	39	44	259	694	1036
	3,8	4,2	25,0	67,0	100,0
1982	41	44	269	750	1104
	3,7	4,0	24,4	67,9	100,0
1983	44	47	282	788	1161
	3,8	4,0	24,3	67,9	100,0
1984	43	53	282	814	1192
	3,6	4,4	23,7	68,3	100,0
1985	44	53	284	849	1230
	3,6	4,3	23,1	69,0	100,0
1986	48	54	291	894	1287
	3,7	4,2	22,6	69,5	100,0
1987	51	58	290	931	1330
	3,8	4,4	21,8	70,0	100,0
1988	51	60	297	968	1376
	3,7	4,4	21,6	70,3	100,0
1989	55	69	308	1010	1442
	3,8	4,8	21,4	70,0	100,0
1990	58	71	317	1055	1501
	3,9	4,7	21,1	70,3	100,0
1991	59	72	326	1121	1578
	3,7	4,6	20,7	71,0	100,0
1992	54	67	311	1049	1481
	3,6	4,5	21,0	70,8	99,9
1993	55	68	320	1087	1530
	4,0	4,4	20,9	71,0	100,3
1994	64	68	319	1121	1572
	4,1	4,3	20,3	71,3	100,0

1994 beträgt der Anteil des tertiären Sektors bereits über 70 %, hat also um knapp 10 % gegenüber 1974 zugelegt, während der sekundäre Sektor dramatisch von 28,7 auf 20,3 % gefallen ist. Auch der schon relativ kleine primäre Sektor rutscht noch einmal um über ein Prozent ab. Der Anteil der übersektoral repräsentierenden Interessengruppen ändert sich indessen kaum. Freilich sei darauf hingewiesen, daß absolut gesehen in allen Sektoren ein Zuwachs zu verzeichnen ist; die relativen Unterschiede sind hier entscheidend.

Auf der Ebene des Spektrums organisierter Interessen zeichnet sich also die immer noch anhaltende Entwicklung und Entfaltung der Dienstleistungsgesellschaft deutlich ab. Das Bild wäre jedoch zu grob und undifferenziert, konzentrierte man sich bei der Analyse nur global auf die Funktionssektoren. Denn sie bilden eben kein homogenes Ganzes, sondern werden von Interessen und Interessengruppen ganz unterschiedlicher Politiksektoren gebildet.

Der tertiäre Sektor, dem an dieser Stelle die Aufmerksamkeit gilt, gestaltet sich in der Tat sehr heterogen. Wie Tabelle 2 zeigt, umfaßt er nicht weniger als 39 ihm klar zuzuordnende Politiksektoren, die der Übersichtlichkeit halber zu Politikfeldgruppen zusammengefaßt sind.⁶ Die an dieser Stelle interessierenden Wissenschaftsorganisationen sind dabei in den Sektoren »Wissenschaft« und »Schulwesen« (Hochschul-, Hochschullehrer- und Studentenverbände) zu finden:

Tabelle 2: Politiksektoren des Tertiären Sektors

Politiksektor	Jahr (Absolutwerte und Entwicklungsindex)										
	1974	1976	1978	1980	1982	1984	1986	1988	1990	1992	1994
Alle Verbände	635 100,0	769 121,1	889 140,0	996 156,9	1104 173,9	1192 187,7	1287 202,7	1376 216,7	1501 236,4	1481 233,2	1572 247,6
Bildung allgemein	10 100,0	11 110,0	16 160,0	16 160,0	18 180,0	18 180,0	20 200,0	21 210,0	25 250,0	25 250,0	24 240,0
Wissenschaft	7 100,0	11 157,1	19 271,4	30 428,6	35 500,0	37 528,6	49 700,0	61 871,4	67 957,1	69 985,7	81 1157,1
Kultur	0 -	0 -	1 100,0	1 100,0	1 100,0	4 400,0	4 400,0	4 400,0	5 500,0	5 500,0	6 600,0
Kunst	4 100,0	9 225,0	10 250,0	13 325,0	16 400,0	15 375,0	13 325,0	14 350,0	15 375,0	15 375,0	15 375,0
Schulwesen	19 100,0	25 131,6	27 142,1	29 152,6	30 157,9	33 173,3	36 189,5	36 189,5	40 210,5	42 221,1	41 215,8
Verpflegungswesen	3 100,0	3 100,0	4 133,3	4 133,3	4 133,3	5 166,7	5 166,7	5 166,7	5 166,7	5 166,7	5 166,7
Erziehung	0 -	1 100,0	1 100,0	1 100,0	2 200,0	2 200,0	3 300,0	3 300,0	3 300,0	4 400,0	4 400,0
Finanzen allgemein	5 100,0	7 140,0	10 200,0	10 200,0	9 180,0	10 200,0	10 200,0	11 220,0	13 260,0	12 240,0	14 280,0
Bankwesen	12 100,0	15 125,0	16 133,3	17 141,7	18 150,0	19 158,3	18 150,0	18 150,0	18 150,0	19 158,3	19 158,3
Börse	1 100,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	3 300,0	4 400,0	4 400,0	3 300,0

⁶ Es fehlt an dieser Stelle der Raum für Ausführungen zur Entwicklung der Systematik der Politiksektoren. Vgl. dazu meine Habilitationsschrift (wie Anm. 5), Anhang 4.

Steuerwesen	8 100,0	9 112,5	8 100,0	6 75,0	6 75,0	6 75,0	7 87,5	7 87,5	7 87,5	7 87,5	8 100,0
Buchführung	0 -	0 -	0 -	0 -	1 100,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	3 300,0	3 300,0
Gesundheit allgemein	0 -	0 -	0 -	0 -	1 100,0	1 100,0	4 400,0	4 400,0	4 400,0	3 300,0	4 400,0
Medizinisches Personal	20 100,0	24 120,0	29 145,0	29 145,0	34 170,0	35 175,0	38 190,0	41 205,0	50 250,0	50 250,0	53 265,0
Pflegepersonal	1 100,0	4 400,0	4 400,0	5 500,0	6 600,0	5 500,0	6 600,0	6 600,0	6 600,0	7 700,0	9 900,0
Vorsorge	2 100,0	4 200,0	4 200,0	4 200,0	5 250,0	6 300,0	5 250,0	9 450,0	10 500,0	11 550,0	11 550,0
Therapie	4 100,0	6 150,0	8 200,0	11 175,0	11 175,0	11 175,0	12 175,0	12 300,0	12 300,0	13 325,0	15 375,0
Rettungswesen	2 100,0	2 100,0	3 150,0	6 300,0	8 400,0	8 400,0	12 600,0	12 600,0	12 600,0	9 450,0	11 550,0
Krankenanstalten	2 100,0	2 100,0	3 150,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	3 150,0	3 150,0
Krankenversicherung	2 100,0	3 150,0	3 150,0	2 100,0	3 150,0	4 200,0	4 200,0	5 250,0	5 250,0	5 250,0	6 300,0
Inneres allgemein	0 -	1 100,0	2 200,0	2 200,0	3 300,0	3 300,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0
Verwaltung	4 100,0	4 100,0	4 100,0	4 100,0	5 125,0	4 100,0	4 100,0	4 100,0	4 100,0	5 125,0	6 150,0
Polizei	3 100,0	3 100,0	3 100,0	3 100,0	3 100,0	3 100,0	3 100,0	3 100,0	4 133,3	4 133,3	4 133,3
Justiz allgemein	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	2 100,0	3 150,0	4 200,0	4 200,0
Rechtsberufe	6 100,0	9 112,5	10 125,0	12 150,0	13 162,5	13 162,5	16 200,0	17 212,5	21 262,5	19 237,5	23 287,5
Strafvollzug	0 -	0 -	0 -	0 -	0 -	0 -	0 -	1 100,0	2 200,0	3 300,0	3 300,0
Geographie	1 100,0	1 100,0	1 100,0	1 100,0	3 300,0	3 300,0	3 300,0	3 300,0	3 300,0	5 500,0	6 600,0
Sozialversicherung	3 100,0	4 133,3	4 133,3	5 166,7	6 200,0	6 200,0	5 166,7	5 166,7	5 166,7	4 133,3	4 133,3
Auto	3 100,0	4 133,3	4 133,3	6 200,0	6 200,0	6 200,0	6 200,0	6 200,0	6 200,0	6 200,0	6 200,0
Eisenbahn	4 100,0	6 150,0	6 150,0	6 150,0	6 150,0	6 150,0	8 200,0	8 200,0	9 225,0	10 250,0	11 275,0
Luftfahrt	4 100,0	5 125,0	6 150,0	6 150,0	7 175,0	6 150,0	5 125,0	7 175,0	9 225,0	8 200,0	9 225,0
Reisewesen	2 100,0	2 100,0	3 150,0	5 250,0	9 450,0	9 450,0	9 450,0	8 400,0	9 450,0	9 450,0	10 500,0
Zweirad	1 100,0	1 100,0	1 100,0	1 100,0	2 200,0	3 300,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0	2 200,0
Transportwesen	13 100,0	13 100,0	14 107,7	16 123,1	19 146,2	21 161,5	23 176,9	26 200,0	26 200,0	22 169,2	23 176,9
Schifffahrt	5 100,0	7 140,0	8 160,0	8 160,0	8 160,0	8 160,0	8 160,0	9 180,0	11 220,0	13 260,0	13 260,0
Handel	70 100,0	94 134,3	106 151,4	112 160,0	120 171,4	126 180,0	130 185,7	131 187,1	133 190,0	128 182,9	127 181,4
Wirtschaftliche Dienstleistungen	29 100,0	36 124,1	38 131,0	40 137,9	45 155,2	46 158,6	52 179,3	53 182,8	60 206,9	61 210,3	64 220,7
Werbewirtschaft	5 100,0	5 100,0	7 140,0	10 200,0	10 200,0	10 200,0	10 200,0	12 240,0	12 240,0	12 240,0	13 260,0
Versicherungswirtschaft	6 100,0	9 150,0	9 150,0	9 150,0	11 183,3	12 200,0	13 216,7	13 216,7	14 233,3	13 216,7	15 250,0
Summe der Politiksektoren	265 100,0	344 129,8	396 149,4	436 164,5	490 184,9	512 193,2	552 208,3	586 221,9	640 241,5	641 241,9	680 256,6

Große Disparitäten zeigen sich hier. Während es Politiksektoren gibt, deren Entwicklungsindex-Wert sogar hinter demjenigen der gesamten Verbändelandschaft zurückbleibt, nähern sich andere der 1000-Punkte-Marke oder überschreiten sie sogar deutlich. Offensichtlich »boomen« also bestimmte Politiksektoren und produzieren in der Folge eine Menge neuer Interessenorganisationen, während andere stagnieren oder sogar an Terrain verlieren.

Unbestrittener Spitzenreiter ist dabei in der Tat der Sektor Wissenschaft, der 1974 mit kärglichen sieben Interessengruppen begann, heute aber die imponierende Zahl von insgesamt 81 Organisationen umfaßt. Der Drang nach Erforschung der menschlichen Existenz, ihrer naturgeschichtlichen Grundlagen wie ihrer Gefährdungen spiegelt sich in diesem exponentiellen Wachstum eindrucksvoll wider. Auffallend ist demgegenüber aber, daß dem Sektor »Schulwesen« ein derartiges Entwicklungspotential nicht eigen ist. Mit einem Indexwert von 215,8 im Jahre 1994 bleibt er sogar noch unter dem Gesamtdurchschnitt. Bereits dies ist ein erster klarer Hinweis darauf, daß auch die Landschaft der Wissenschafts- und Hochschulorganisationen nicht homogen zusammengesetzt ist, sondern vielmehr aus recht unterschiedlichen Teilen besteht. Dem wird im folgenden Abschnitt auf den Grund zu gehen sein.

Auf die Entwicklung der übrigen Sektoren sei in der hier gebotenen Kürze eingegangen: Der Kultursektor hat sich im Politikfeld »Bildung« ebenfalls recht gut entwickelt und reflektiert das Bedürfnis des Menschen nach niveauvoller, dabei abwechslungsreicher Unterhaltung recht deutlich. Im Politikfeld »Gesundheit« ist der starke Anstieg im Sektor »Pflegepersonal« auf einen Endwert von 900 besonders augenscheinlich. Die Überalterung unserer entwickelten Industriegesellschaft und der immer größere Bedarf an geschulten Fachkräften zur Betreuung hilfloser alter Menschen produzieren postwendend eine immer vielfältigere Verbandslandschaft zur politischen Repräsentation dieser Berufsinteressen. Für die Bereiche Vorsorge und Rettungswesen gilt letztlich dasselbe. Der Sektor Reisewesen im Politikfeld »Verkehr« schließlich wächst auch deutlich überproportional an. Hier verfünffacht sich die Zahl der Verbände im Laufe von zwanzig Jahren und spiegelt das extrem gestiegene Reisebedürfnis der Deutschen und den entsprechend boomenden Reise- und Tourismusmarkt anschaulich wider.

Sich kaum verändernde Politiksektoren finden wir gehäuft im Politikfeld »Inneres«: Sowohl der Sektor »Inneres allg.« wie auch die beiden anderen Bereiche Polizei und Verwaltung legen zwischen 1974 und 1994 kaum zu. Nur der erstgenannte Sektor erreicht einen Indexwert von 200; die anderen beiden bleiben deutlich darunter. Der Befund ist plausibel: Verwaltung und Polizei bestanden in der heutigen Form bereits zu Beginn der siebziger Jahre. Folglich hatte sich das zugehörige Verbandssystem zu dieser Zeit

schon voll entfaltet; Erfordernisse, es über die Jahre hinweg grundlegend zu modifizieren, bestanden offensichtlich nicht. Andernfalls hätte es zu Neugründungen kommen müssen, die aber die Ausnahme bleiben.

Auch im Sektor Sozialversicherung tut sich wenig. Hier gilt dasselbe: Das Sozialversicherungssystem hat sich seit 1974 kaum verändert, die zugehörige Verbandsstruktur ebenso.

Handel und Bankwesen entwickeln sich ebenfalls nicht so rasant. Doch gerade hier lohnt sich ein Blick auf die stark voneinander abweichenden Absolutzahlen: Während im Bankwesen eine starke Konzentration im Verbandswesen vorherrscht, die Zahl der Verbände von 1974 bis 1994 nur um sieben von 12 auf 19 zunimmt, steigt die Zahl im Großsektor Handel, der ungleich komplexer strukturiert ist, von 70 auf 127. Trotz unterdurchschnittlicher Indexentwicklung ist die absolute Zunahme im Handelssektor mit über 50 Verbänden also trotzdem recht respektabel, erfolgt allerdings von einem schon 1974 sehr hohen Ausgangsplafond aus. Beide Sektoren, Handel wie Bankwesen, sind also gut entwickelte, denen gleichwohl noch einige Entwicklungspotentiale innewohnen.

Letztlich also wird deutlich, daß nur per Saldo eine deutliche Entwicklung hin zur organisierten Dienstleistungsgesellschaft festgestellt werden kann. Längst nicht jeder Politiksektor zeichnet für diese Entwicklung in gleichem Maße verantwortlich. In besonderem Maße tut dies allerdings der Bereich der Wissenschaft; jener des (Hoch-)Schulwesens birgt nur unterdurchschnittliche Entwicklungspotentiale.

2. Verbände der Wissenschaft: Das Kräftefeld deutscher Forschungs- und Hochschulorganisationen im diachronen Überblick

Das Kräftefeld deutscher Wissenschafts- und Hochschulorganisationen hat, global betrachtet, im Rahmen des bundesdeutschen Interessengruppenspektrums eine stürmische Entwicklung erfahren. Tabelle 3 ist dies sehr deutlich zu entnehmen.

1974 waren in der ersten Lobbyliste erst 14 Organisationen registriert, heute sind es bereits knapp 100. So hat sich die Zahl der akkreditierten Interessengruppen dieser Bereiche also knapp versiebenfacht, während die Gesamtzahl der registrierten Verbände nur knapp um das Eineinhalbfache stieg.⁷

⁷ Vgl. dazu die Gesamtzahlen in Tabelle 1.

Tabelle 3: Typen deutscher Wissenschafts- und Hochschulverbände und ihre quantitative Bedeutung in diachroner Perspektive

Jahr	Verbandstypus (Absolutwerte und Prozentanteile)				Summe
	Wissenschaftliche Gesellschaft	Berufsverband	Hochschulverband	Verband hochschulexterner Forschungseinrichtungen	
1974	3	6	2	3	14
	21,4	42,9	14,3	21,4	100,0
1975	4	7	2	2	15
	26,7	46,7	13,3	13,3	100,0
1976	6	8	3	2	19
	31,6	42,1	15,8	10,5	100,0
1977	7	9	3	3	22
	31,8	40,9	13,6	13,6	99,9
1978	10	11	4	3	28
	35,7	39,3	14,3	10,7	100,0
1979	13	11	4	2	30
	43,3	36,7	13,3	6,7	100,0
1980	22	12	4	2	40
	55,0	30,0	10,0	5,0	100,0
1981	24	11	4	2	41
	58,5	26,8	9,8	4,9	100,0
1982	28	12	3	2	45
	62,2	26,7	6,7	4,4	100,0
1983	30	12	4	2	48
	62,5	25,0	8,3	4,2	100,0
1984	31	12	4	3	50
	62,0	24,0	8,0	6,0	100,0
1985	35	13	5	4	57
	61,4	22,8	8,8	7,0	100,0
1986	40	13	5	4	62
	64,5	21,0	8,1	6,5	100,1
1987	45	13	5	4	67
	67,2	19,4	7,5	6,0	100,1
1988	49	14	5	5	73
	67,1	19,2	6,8	6,8	99,9
1989	50	14	5	6	75
	66,7	18,7	6,7	8,0	100,1
1990	53	14	5	7	79
	67,1	17,7	6,3	8,9	100,0
1991	62	16	5	7	90
	68,9	17,8	5,6	7,8	100,1
1992	58	18	5	5	86
	67,4	20,9	5,8	5,8	99,9
1993	60	18	5	5	88
	68,2	20,5	5,7	5,7	100,1
1994	68	17	5	6	96
	70,8	17,7	5,2	6,3	100,0

Jedoch geht dieser Anstieg ganz eindeutig auf das Konto der wissenschaftlichen Gesellschaften: Waren 1974 nur lediglich drei von ihnen registriert, so sind es 1994 bereits 68. Ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl von Wissenschafts- und Hochschulverbänden wuchs dementsprechend dramatisch von 21,4 % auf 70,8 % an. Demgegenüber haben alle anderen Verbandstypen prozentuale Einbußen erlitten, jedoch keine absoluten Verluste vorzuweisen. So steigt die Zahl der wissenschaftlichen Berufsverbände

zwischen 1974 und 1994 von sechs auf 17, was jedoch einen anteiligen Rückgang von 42,9 % auf 17,7 % bedeutet. Neue Verbände der Hochschulen erscheinen im Laufe der letzten zwanzig Jahre nur mehr selten auf der politischen Bühne. Waren 1974 zwei von ihnen registriert, so sind es heute fünf. Gleiches gilt für die Verbände hochschulexterner Forschungseinrichtungen, deren Zahl im Untersuchungszeitraum von drei auf sechs ansteigt.

Das größte Entwicklungspotential bergen also die Wissenschaftsdisziplinen selbst, während sich das Spektrum an Berufsverbänden und Organisationen der Forschungsinstitutionen im Grunde seit zwanzig Jahren kaum verändert hat. Wie die nun folgenden Detailanalysen zeigen werden, sind die zuletzt genannten Bereiche von einem »Establishment« an Verbänden dominiert, das so schon 1974 existierte. Die Ausdifferenzierung und immer größere arbeitsteilige Organisation der Wissenschaft selbst jedoch produziert permanent die Abspaltung neuer Disziplinen und in der Folge das Entstehen neuer, für sie verantwortlich zeichnender wissenschaftlicher Gesellschaften.

3. Erscheinungsformen von Wissenschaftsverbänden

a) Wissenschaftliche Gesellschaften

Überblick

Nicht weniger als 86 verschiedene wissenschaftliche Gesellschaften waren bzw. sind seit 1974 in den verschiedenen Lobbylisten registriert. Dies ist Übersicht 1 zu entnehmen.

Sie stellen eher lockere Wissenschaftler-Verbünde dar, die nicht in dem Maße formalhierarchisch organisiert sind, wie Verbände es sonst zu sein pflegen. Dies resultiert zum einen aus dem Organisationszweck: Wissenschaft verträgt keine hierarchisch geplante und gesteuerte Entscheidungsfindung, sondern verlangt den »herrschaftsfreien Diskurs«. Zum zweiten sind freigeistige Wissenschaftler in der Regel auch schwer in eine formale Organisation zu integrieren.

Das sehr heterogene Tableau dieses Organisationstyps ist ein guter Indikator für das geradezu exponentielle Wachstum der Wissenschaftslandschaft: Neue Wissenschaftsdisziplinen, die sich aus traditionellen heraus entwickelt haben, organisieren sich über kurz oder lang auch in eigenen Vereinigungen.

Die vergleichsweise jungen Sozialwissenschaften können hier als gutes Beispiel herangezogen werden: Die Soziologen haben sich mit der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« (derzeit 1083 Mitglieder) eine Wissenschaftsgesellschaft geschaffen, die primär der Weiterentwicklung

Übersicht 1: Wissenschaftliche Gesellschaften

Nr.	Verbandsname	Jahr
1	Alfred-Wegener-Stiftung	Seit 1987
2	Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (1976-1979: Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlich Medizinischer Fachgesellschaften)	Seit 1976
3	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung	Seit 1987
4	Bad Nauheimer Kreis für Wissenschaft und Künste	1992-1993
5	Bund Deutscher Philatelisten	Seit 1984
6	Columbus Akademie. Gesellschaft für Zukunftsfragen	1986-1991
7	Deutsche Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände	Seit 1992
8	Deutsche Bunsen-Gesellschaft für Physikalische Chemie	Seit 1985
9	Deutsche Gesellschaft für Dokumentation. Vereinigung für Informationswissenschaft und -praxis	Seit 1985
10	Deutsche Gesellschaft für Dynamische Psychiatrie	1988-1991
11	Deutsche Gesellschaft für Eisenbahngeschichte	Seit 1983
12	Deutsche Gesellschaft für Erbrechtskunde	1994
13	Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften	1990-1991
14	Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege	1976-1983
15	Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung	1975-1984
16	Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe	Seit 1986
17	Deutsche Gesellschaft für Hals-Nasen-Ohren Heilkunde, Kopf- und Hals-Chirurgie	Seit 1991
18	Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft	Seit 1985
19	Deutsche Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde - Landesverband Berlin	Seit 1987
20	Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde	Seit 1984
21	Deutsche Gesellschaft für Klinische Chemie	1980-1993
22	Deutsche Gesellschaft für Laboratoriumsmedizin	Seit 1987
23	Deutsche Gesellschaft für manuelle Medizin	Seit 1991
24	Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie	Seit 1993
25	Deutsche Gesellschaft für medizinische Psychologie (1980-1991: Gesellschaft für medizinische Psychologie)	Seit 1980
26	Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde	1980-1991
27	Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (1980-1989: Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie)	Seit 1980
28	Deutsche Gesellschaft für Psychologie	Seit 1988
29	Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin	1981-1991
30	Deutsche Gesellschaft für Rechtsmedizin	Seit 1991
31	Deutsche Gesellschaft für Reiserecht	1994
32	Deutsche Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Sexualforschung (1980-1981: Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung)	Seit 1980
33	Deutsche Gesellschaft für Soziologie	1994
34	Deutsche Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprecherziehung (1974-1979: Deutsche Gesellschaft für Sprechkunde und Sprecherziehung)	Seit 1974
35	Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie	Seit 1978
36	Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie	Seit 1985
37	Deutsche Gesellschaft für Zytologie	Seit 1992
38	Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Mukoviszidose	Seit 1989
39	Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Herzinfarktes	1978-1981
40	Deutsche Hämophiliegesellschaft zur Bekämpfung von Blutungskrankheiten	Seit 1983
41	Deutsche Haut- und Allergiehilfe (1990-1991: Deutsche Stiftung für Psoriasis- und Neurodermitis-Forschung)	Seit 1990
42	Deutsche Keramische Gesellschaft	Seit 1977
43	Deutsche Meteorologische Gesellschaft	Seit 1984
44	Deutsche Numismatische Gesellschaft. Verband der Deutschen Münzvereine (1979-1991: Verband der Deutschen Münzvereine)	Seit 1979
45	Deutsche Orchideen-Gesellschaft	Seit 1988
46	Deutsche Physikalische Gesellschaft	Seit 1991
47	Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft	1980-1983
48	Deutsche Sektion der Internationalen Gesellschaft für Medizinische Balneologie und Klimatologie	1994
49	Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft	Seit 1986
50	Deutscher Arbeitskreis für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik	Seit 1980
51	Deutscher Eisenbahn-Verein	Seit 1988
52	Deutscher Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine	Seit 1983
53	Deutsches Kollegium für psychosomatische Medizin	Seit 1980
54	Forschungsgemeinschaft Funk	1994
55	Forschungsgemeinschaft Musikinstrumente	1979-1991
56	Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung - Landschaftsbau	Seit 1982
57	Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise	1982-1983
58	Forum für Zukunftsenergien	1991-1993
59	Forum InformatikerInnen für Frieden und Gesellschaftliche Verantwortung	Seit 1990

60	Gen-ethisches Netzwerk	Seit 1990
61	Genealogische-Heraldische Forschung, Internationale Vereinigung ohne Gewinnzweck	1980-1991
62	Geschichtswerkstatt	Seit 1993
63	Gesellschaft Deutscher Chemiker	Seit 1982
64	Gesellschaft Deutscher Lebensmitteltechnologien (1987-1991: Verband der Lebensmitteltechnologien)	Seit 1987
65	Gesellschaft für Informatik	Seit 1984
66	Gesellschaft für Rechts- und Verwaltungsinformatik	Seit 1986
67	Gesellschaft für Versuchstierkunde	1994
68	Gesellschaft für Zukunftsfragen	1978-1983
69	Gesellschaft zur Förderung der Krebstherapie	Seit 1991
70	Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften	Seit 1992
71	Hochschullehrergesellschaft für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie	1981-1982
72	Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin	1994
73	Internationale Gesellschaft für Ganzheitliche Zahn-Medizin	1994
74	Internationale Gesellschaft für Urheberrecht (1974: Internationale Gesellschaft für Urheberrecht; 1975-1990: Internationale Gesellschaft für Urheberrechte)	Seit 1974
75	Internationale medizinische Gesellschaft für Elektroakupunktur nach Voll	1994
76	Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst	Seit 1991
77	Schmalenbach-Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft Köln-Berlin (1974-1979: Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft)	Seit 1974
78	Schutzgemeinschaft für Deutsche Heraldik u. Briefmarkenkunde (1982-1983: Schutzgemeinschaft für Deutsche Heraldik)	Seit 1982
79	Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme	Seit 1984
80	Verband Deutscher Vereine für Aquarien- und Terrarienkunde	Seit 1986
81	Verein für ein erweitertes Heilwesen	1994
82	Verein zur Förderung EDV-gestützter familienkundlicher Forschungen	Seit 1991
83	Vereinigung Deutscher Wissenschaftler	1979-1991
84	Vereinigung zur Förderung der christlichen Sozialwissenschaften	Seit 1982
85	Zentrale für Fallstudien	Seit 1985
86	Zentrum für Interaktive Medien	1994

der Disziplin dient. Ein parallel dazu existierender Berufsverband hat die ökonomischen Interessen der Soziologen zu vertreten.⁸ Die noch jüngere Disziplin Politikwissenschaft hat ihren Leitverband »Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft« seit 1986 ebenfalls registrieren lassen.

Schon 1980 erschien die Deutsche Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Sexualforschung in der Liste. Ihr geht es um »Durchführung und Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung und Verbreitung ihrer Erkenntnisse; Unterrichtung der MdB und der Bundesregierung über neue sexualwissenschaftliche Erkenntnisse; Befürwortung der Berücksichtigung sexualwissenschaftlicher Erkenntnisse bei politischen Entscheidungen«⁹.

1982 kommt die Vereinigung zur Förderung der christlichen Sozialwissenschaften hinzu, eine mit derzeit sieben Mitgliedern sehr kleine Organisation. Sie interessiert »die Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiet der christlichen Gesellschaftslehre.« Dazu sollen die »Herausgabe von wissenschaftlichen Arbeiten«, die »Vergabe von Forschungsaufträgen«, die »Unterstützung von Forschungsvorhaben« und die »Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen und wissenschaftlichen Tagungen im In- und Ausland« dienen.¹⁰

⁸ Vgl. dazu Übersicht 2.

⁹ Lobbyliste 1994, S. 138. Mitgliederstand 1994: 250.

¹⁰ Lobbyliste 1994, S. 326.

Der Sozialwissenschaftliche Studienkreis für internationale Probleme, der im folgenden Jahr hinzutritt, hat dagegen die Aufgabe, »sozialwissenschaftliche Studien zur Analyse der Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und zur Analyse internationaler Probleme, insbesondere der sozialen und kulturellen Probleme der gegenwärtigen Wandlungsprozesse in Europa und in den Entwicklungsländern anzuregen und zu fördern« und »die Ergebnisse solcher Studien für die Praxis der Verbesserung internationaler Beziehungen auszuwerten und andererseits organisatorische Maßnahmen auf diesem Gebiet auf ihren Erfolg hin zu untersuchen«¹¹.

Zwischenzeitlich spielte auch die mittlerweile wieder aufgelöste Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung eine nicht unwesentliche Rolle und verschaffte einer Modeströmung der Politikwissenschaft der siebziger und frühen achtziger Jahre sogar eine eigene organisatorische Infrastruktur. An inneren Zerwürfnissen ging sie aber schließlich zugrunde.¹²

Für andere Disziplinen ist eine derartige Diversifizierung gleichermaßen charakteristisch. So seien der Medizin zugehörige Gesellschaften hier exemplarisch aufgezählt, um den Sachverhalt zu veranschaulichen: Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften, Deutsche Gesellschaft für Dynamische Psychiatrie, Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Deutsche Gesellschaft für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Kopf- und Hals-Chirurgie, Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde usw. – insgesamt nicht weniger als 26 medizinische Wissenschaftsgesellschaften!

Global betrachtet läßt die ausgeprägt arbeitsteilige Organisation des Spektrums wissenschaftlicher Gesellschaften der interorganisatorischen Konkurrenz nur relativ wenig Raum. Ausnahmen von dieser Regel sind gleichwohl zu beobachten. So haben sich im Bereich der Psychologie und der Psychotherapie mehrere Organisationen mit sich zum Teil erheblich überschneidenden Tätigkeits- und Interessensfeldern gebildet.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie, seit 1980 registriert, ist der eigenen Aussage nach »eine wissenschaftliche Gesellschaft, die qualifiziert weitergebildete Psychoanalytiker verschiedener Fachrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland vereinigt. Sie nimmt zugleich die berufsständischen Interessen ihrer Mitglieder wahr«¹³. Die Deutsche Gesellschaft für medizinische Psychologie dagegen »vertritt als einziger Dachverband (jetzt auch für die

11 Satzung, § 2.

12 Vgl. dazu Ingo AREND, *Von der Kriegsverhinderung zur Friedenssicherung. Folgerungen aus der politischen Geschichte der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ulrike C. WASMUTH (Hrsg.), *Friedensforschung. Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft*, Darmstadt 1991, S. 28-46.

13 Lobbyliste 1994, S. 136. Mitgliederstand 1994: 1600.

neuen Bundesländer) die Interessen der »Medizinischen Psychologie«¹⁴. Der scharfe Konflikt zwischen der »etablierten« Schulmedizin und der oft als Scharlatanerie abgetanen Psychologie ist hier förmlich mit Händen zu greifen, in konkurrierenden Verbandsstrukturen gleichsam geronnen.¹⁵

Doch damit nicht genug: 1983 erscheint der Deutsche Arbeitskreis für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik auf der Bonner Bühne. Sein Zweck ist, »wissenschaftlich fundierte Entwicklung von Gruppenaktivitäten auf psychoanalytischer, tiefenpsychologischer und sozialpsychologischer Grundlage zu fördern« und »die gewonnenen Erfahrungen und Forschungsergebnisse für Prävention, Diagnostik, Therapie, Rehabilitation und Organisationsentwicklung im Bereich der Gesundheit, Bildung, Arbeit und auf anderen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens zu vermitteln und nutzbar zu machen«¹⁶. Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie als der Entwicklung der Wissenschaft dienende Organisation läßt sich 1988 in die Liste aufnehmen, um die »Förderung und Verbreitung der wissenschaftlichen Psychologie« und die »Sicherung und Erweiterung der Stellung der Psychologie an Hochschulen und Forschungsanstalten sowie in der Öffentlichkeit«¹⁷ zu verfolgen.

Zwischenzeitlich war auch noch die Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft präsent, ist mittlerweile aber wieder von der Bonner Bühne verschwunden.

Portrait 1: Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften

Die am 10.11.1962 gegründete »Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften«, die in der Lobbyliste seit 1976 registriert ist, bildet im Tableau der wissenschaftlichen Gesellschaften insofern einen Sonderfall, als sie als Dachorganisation und Dialogforum für eine Vielzahl einzelner medizinischer Fachgesellschaften dient. Dem Selbstverständnis nach dient sie der »Förderung fächerübergreifender wissenschaftlich-medizinischer Aufgaben und Ziele und der Verbindung zur ärztlichen Praxis. Sie fördert die Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsgesellschaften und vertritt die Interessen der wissenschaftlichen Medizin in Zusammenarbeit mit anderen ärztlichen Organisationen und gegenüber Parlamenten, Regierungen und der

14 Lobbyliste 1994, S. 136. Mitgliederstand 1994: 291.

15 Vgl. zu diesem Problemkomplex Manfred CRAMER, *Zum Problem der Interessenvertretungen im Bereich der Klinischen Psychologie*, in: Heinrich KEUPP/Manfred ZAUMSEIL (Hrsg.), *Die gesellschaftliche Organisation psychischen Leidens. Zum Arbeitsfeld klinischer Psychologen*, Frankfurt a.M. 1978, S. 269-297.

16 Lobbyliste 1994, S. 153. Mitgliederstand 1994: 530.

17 Lobbyliste 1994, S. 137. Mitgliederstand 1994: 1600.

Öffentlichkeit.«¹⁸ Mitglied kann dabei jede selbständige wissenschaftlich-medizinische Fachgesellschaft werden; über Aufnahmeanträge entscheidet die Delegierten-Konferenz. Seit 1976 hat die Zahl der Mitglieder ganz erheblich zugenommen, wie Tabelle 4 zu entnehmen ist:

Tabelle 4: Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften; Zahl der angeschlossenen Organisationen¹⁹

Jahr	Angeschlossene Organisationen
1976	24
1977	24
1978	24
1979	24
1980	50
1981	50
1982	50
1983	50
1984	62
1985	62
1986	67
1987	70
1988	71
1989	74
1990	73
1991	75
1992	75
1993	75
1994	75
1995	96

Waren zu Beginn des Untersuchungszeitraums nur 24 Gesellschaften Mitglied, so sind es achtzehn Jahre später bereits imponierende 96.²⁰ Zentrales Beschlußorgan ist die Delegiertenkonferenz, die in der Regel zweimal im

¹⁸ Satzung, 3. Aufl., 1992, § 2 Abs. 1.

¹⁹ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft*, 45. Ausg., Darmstadt u.a. 1995, S. 739.

²⁰ Nicht alle 96 Mitgliedsgesellschaften können hier genannt werden. Per Zufallsstichprobe seien zehn herausgegriffen: Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin; Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie; Deutsche Gesellschaft für Biologische Psychiatrie; Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie, Epidemiologie; Deutsche Gesellschaft für Ärztliche Hypnose und Autogenes Training; Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin; Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Traumatologie; Deutsche Migräne- und Kopfschmerzgesellschaft; Gesellschaft für Medizinische Ausbildung; Vereinigung der plastischen Chirurgen. Die komplette Liste findet sich in: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 739-744.

Jahr tagt.²¹ Jede Mitgliedsgesellschaft ist dort mit einem Delegierten vertreten. Stimmengewichtungen je nach Größe der Gesellschaften werden also nicht vorgenommen. Aus dem Kreise der Delegierten wird das geschäftsführende Präsidium gewählt, dem insgesamt fünf Personen angehören. Die laufenden Angelegenheiten werden von der in Düsseldorf beheimateten Geschäftsstelle aus betreut, der auch ein »Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit« angeschlossen ist. Allein dies ist schon ein deutlicher Indikator für die große Bedeutung von Public Relations selbst für wissenschaftliche Fachgesellschaften.

Portrait 2: Deutsche Meteorologische Gesellschaft e.V.

Auf eine lange Tradition kann bereits die Deutsche Meteorologische Gesellschaft zurückblicken, die hier als klassisches Beispiel für eine »einfache« wissenschaftliche Fachgesellschaft einer näheren Betrachtung unterzogen werden soll. 1883 gegründet, geht es ihr dem Selbstverständnis nach um die »Pflege und Förderung der Meteorologie als reiner und angewandter Wissenschaft sowie die Verbreitung meteorologischen Wissens«²². Zudem ist sie auch für die Vertretung der Belange der Physikalischen Ozeanographie zuständig. Vor allen Dingen durch Publikationen und wissenschaftliche Tagungen sucht sie die Interessen der Meteorologie zu vertreten. In der Lobbyliste ist sie seit 1984 registriert, und den verschiedenen seither publizierten Listen ist auch ein rapider Mitgliederzuwachs der DMG zu entnehmen. In Tabelle 5 sind die Daten aufgelistet.

Von 1984 bis 1994 steigt die Zahl von 1100 auf über 1700 an. Mitglieder können dabei sowohl natürliche wie juristische Personen werden. Explizit ist durch die Satzung die Möglichkeit eröffnet, Korporationen, wie andere wissenschaftliche Gesellschaften, Institute, Behörden, Firmen u.a., als sog. »korporative Mitglieder« aufzunehmen. Auch eine bloße Assoziation von Korporationen ist möglich. Der föderalen Struktur Deutschlands trägt sie durch ihre Untergliederung in regionale Zweigvereine Rechnung, die ihre gebietsspezifischen Aufgaben in Eigenregie bearbeiten. Der mindestens alle drei Jahre einzuberufenden Mitgliederversammlung obliegt die Diskussion und die Beschlußfassung über das wissenschaftliche Programm der Gesellschaft und die Entlastung des Vorstands, nicht aber dessen Wahl. Der Geschäftsführende Vorstand wird vielmehr durch eine Urwahl der Mitglieder bestimmt. Dem erweiterten Vorstand gehören zudem die Vorsitzenden der Zweigvereine an. Auch Satzungsänderungen können nur durch Urabstimmung vollzogen werden.

²¹ Auch die nun folgenden Informationen sind der Satzung zu entnehmen.

²² Satzung, § 2 Abs. 1.

Tabelle 5: Deutsche Meteorologische Gesellschaft; Zahl der Mitglieder²³

Jahr	Mitgliederzahl
1984	1100
1985	1100
1986	1150
1987	1250
1988	1300
1989	1300
1990	1300
1991	1300
1992	1766
1993	1766
1994	1784
1995	1754

Ein ehrenamtlich geführtes Sekretariat, das in Traben-Trarbach residiert, unterstützt den Geschäftsführenden Vorstand bei seiner laufenden Arbeit. Dies zeigt deutlich, wie begrenzt in der Regel die finanziellen Ressourcen einfacher wissenschaftlicher Gesellschaften sind. Professionelle Öffentlichkeitsarbeit über die Herausgabe der eigenen Zeitschrift hinaus – hier der Mitteilungen der DMG – ist meist nicht möglich.

b) Berufsverbände

Überblick

Das Feld der wissenschaftlichen Berufsverbände ist demgegenüber schon wesentlich überschaubarer. Grob läßt es sich zunächst in die beiden Gruppen »Forscherverbände« und »Studentenverbände« untergliedern, wobei letztere nur im weitesten Sinne als Berufsverbände zu bezeichnen sind, indem sie die beruflichen Interessen der wissenschaftlich Auszubildenden zu vertreten haben. Das Tableau der Verbände ist in Übersicht 2 zusammengestellt.

Verschiedene Verbände existieren hier, die sich die Vertretung der in Forschung und Lehre Tätigen ganz allgemein zur Aufgabe gemacht haben. So geht es dem »Bund Freiheit der Wissenschaft« global darum, »die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern, sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessen zu widersetzen, auf eine Politik zu drängen, die eine stetige

²³ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 643.

Übersicht 2: Berufsverbände

Nr.	Verbandsname	Jahr
1	Berufsverband deutscher Markt- und Sozialforscher	Seit 1988
2	Berufsverband Deutscher Soziologen	Seit 1978
3	Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	Seit 1991
4	Bund Freiheit der Wissenschaft	Seit 1974
5	Bundesarbeitsgemeinschaft der Akademischen Räte in der Bundesrepublik Deutschland	1977-1983
6	Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen	Seit 1992
7	Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen	Seit 1988
8	Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen	Seit 1985
9	Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen	Seit 1982
10	Deutsche Burschenschaft	Seit 1984
11	Deutsche Kommission für Ingenieurausbildung	Seit 1974
12	Deutscher Akademikerinnenbund	Seit 1976
13	Deutscher Hochschulverband (1974-1986: Hochschulverband)	Seit 1974
14	Deutsches Studentenwerk	Seit 1974
15	Förderkreis inhaftierter Fernstudenten	1992-1993
16	Gesellschaft zur Förderung medizinischer Ausbildung	Seit 1991
17	Hochschullehrerbund, Bundesvereinigung	Seit 1974
18	Ring Christlich-Demokratischer Studenten	Seit 1980
19	Sozialliberaler Hochschulverband	1976-1987
20	Verband der deutschen Ingenieurwissenschaftler (1974-1980: Verband Deutscher Diplom-Ingenieure)	1974-1991
21	Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten	1975
22	Vereinigung umweltwissenschaftlicher Berufsverbände Deutschlands	Seit 1992

Verbreiterung der Bildungschancen mit der Aufrechterhaltung der Leistungsmaßstäbe verbindet«²⁴. Der dem linken politischen Spektrum zuzuordnende »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler« betont dagegen vor allem die Themen »Risikoproblematik der Forschungs- und Technologiepolitik, Bildungs- und Hochschulreform, Politische Ökologie, Frauenforschung und -politik, Feminismus, Grundrechte und Demokratie, ... Wissenschaft und Frieden, ... Friedens- und Arbeiterbewegung«²⁵. Schon spezifischer orientiert ist der »Hochschullehrerbund«, der in erster Linie die Interessen der Fachhochschullehrer vertritt. Geschlechtsspezifisch agiert dagegen der Deutsche Akademikerinnenbund, der sich ganz allgemein die »Förderung wissenschaftlicher Arbeit, Austausch wissenschaftlicher und beruflicher Erfahrung, Mitarbeit der Akademikerin an den Aufgaben des öffentlichen Lebens«²⁶ zur Aufgabe gemacht hat.

Zudem existieren noch disziplinspezifische Berufsverbände. Wie schon weiter oben erwähnt, hat sich die Soziologie einen eigenen Berufsverband geschaffen, der sein Tätigkeitsfeld so umreißt: »Kollegialer Erfahrungsaustausch und Interessenvertretung außeruniversitär arbeitender Soziologen; berufliche Weiterbildung; Unterstützung der praktischen Anwendung der Soziologie; Entwicklung von Standards der anwendungsorientierten Soziolo-

24 Lobbyliste 1994, S. 53. Mitgliederstand 1994: 7000.

25 Lobbyliste 1994, S. 43. Mitgliederstand 1994: 1600.

26 Lobbyliste 1994, S. 151. Mitgliederstand 1994: 2000.

gie; Information über Berufstätigkeit; Hilfe beim Übergang von Ausbildung in Berufstätigkeit.«²⁷

Auch die anwendungs- und marktorientierte sozialwissenschaftliche Forschung hat sich ihre eigenen Interessenorganisationen geschaffen. Der Berufsverband deutscher Markt- und Sozialforscher ist dem Selbstverständnis nach »ein berufsständischer, auf Praxis ausgerichteter wissenschaftlicher Fachverband. Er repräsentiert die Gesamtheit der Markt- und Mediaforscher und empirischen Sozialforscher in der Bundesrepublik Deutschland«²⁸.

Studentenverbände setzen demgegenüber begreiflicherweise andere Schwerpunkte. Mehrere von ihnen (Cartellverband, Coburger Convent, Deutsche Burschenschaft) verstehen sich in erster Linie als organisierte Interessenvertretung studentischer Korporationen. Andere dagegen haben sich zum Ziel gesetzt, politisch gleichgesinnte Studenten zu organisieren und ihnen ein hochschulpolitisches Sprachrohr zu verleihen (RCDS, Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen). Jedoch existieren auch noch spezifischer orientierte Studentenvertretungen, die keiner der beiden Gruppen zuzuordnen sind. So setzt sich der 1989 gegründete »Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen« hochschulpolitisch für eine juristische Ausbildung ein, »die Theorie und Praxis vernetzt und so die sozialen Bezüge des Rechts reflektiert und den kritischen Umgang mit Recht fördert.« Eher dem linken politischen Spektrum zugehörig, begreift er sich »als Teil der BürgerInnenbewegung« und setzt sich »für eine Demokratisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen ein.« Verbunden fühlt er sich »anderen sozialen Bewegungen, wie der Frauenbewegung, den Gewerkschaften, der Ökologie- und Friedensbewegung und der Dritte-Welt-Solidarität«²⁹.

Der »Förderkreis inhaftierter Fernstudenten«, der inzwischen aber wieder von der Bonner Bühne verschwunden ist, machte sich dagegen ganz spezifisch die Betreuung der in Strafvollzugsanstalten einsitzenden Studenten »in materieller und personeller Hinsicht (Bücher, Computer etc., allgemeine Treffen und persönliche Besuche)«³⁰ zur Aufgabe.

Portrait 1: Deutscher Hochschulverband

Die wichtigste und einflußreichste Organisation deutscher Hochschullehrer ist unbestritten der Deutsche Hochschulverband, der 1950 gegründet wurde. Freilich stellt er keine reine Neugründung dar, sondern lediglich eine Wiedergründung des Verbandes Deutscher Hochschulen, der seit 1907 existierte

27 Lobbyliste 1994, S. 40. Mitgliederstand 1994: 500.

28 Lobbyliste 1994, S. 40. Mitgliederstand 1994: 769.

29 Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, Selbstdarstellung, o. O., o. J. 1994 umfaßt er ca. 600 Einzelmitglieder, die sich in 24 Gruppen sammeln. Vgl. Lobbyliste 1994, S. 59.

30 Lobbyliste 1993, S. 216.

und von den Nationalsozialisten aufgelöst worden war. Ganz allgemein tritt er für eine »unparteiische Wissenschaft in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein. Dabei ist das Wohl der Hochschule Richtschnur seines Handelns«³¹. Im speziellen aber hat er sich »aller Fragen anzunehmen, die den Wirkungskreis der Hochschullehrer und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft berühren.« Dabei vertritt er die »ideellen und materiellen Interessen der Hochschullehrer bei den Behörden und in der Öffentlichkeit. Er berät seine Mitglieder in allen Fragen, die mit ihrer Tätigkeit in Forschung, Lehre und akademischer Selbstverwaltung einschließlich Nebentätigkeiten zusammenhängen«³². Die Mitgliedschaft ist streng auf Hochschullehrer an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitätsprofessoren, Professoren an einer sonstigen wissenschaftlichen Hochschule, außerplanmäßige Professoren, Honorarprofessoren, Privatdozenten und sonstige Habilitierte) in Deutschland bzw. auf deutsche Hochschullehrer an ebensolchen Hochschulen im Ausland begrenzt.³³ Fachhochschullehrer organisieren sich daher im schon beschriebenen Hochschullehrerbund.

Der Deutsche Hochschulverband ist entsprechend der deutschen Universitätslandschaft sehr heterogen aufgebaut: Basiseinheiten sind die Hochschulverbandsgruppen jeder Einzeluniversität, die sich in jedem Bundesland zu Landesverbänden zusammenschließen. Dabei kommt Landesverbänden wie Hochschulverbandsgruppen eine weitgehende Autonomie in universitäts- bzw. landesspezifischen Angelegenheiten zu. Seit 1974 konnte die Organisation ihre Mitgliederzahl fast verdoppeln, wie Tabelle 6 zu entnehmen ist.

Waren zu Beginn des Untersuchungszeitraums lediglich 8600 Hochschullehrer Mitglied im Verband, so sind es 1994 bereits weit über 15000. Dies ist nicht nur ein klarer Indikator für die Integrationskraft der Organisation, sondern auch für den ganz erheblichen personellen Ausbau der deutschen Universitäten: 1994 ist das grundsätzlich zur Verfügung stehende Reservoir an Hochschullehrern wesentlich größer als zwanzig Jahre zuvor.

Zentrales Beschlußgremium ist der Hochschulverbandstag, zu dem jede Hochschulverbandsgruppe je zwei Delegierte entsendet. Er wählt auch die Mitglieder des siebenköpfigen Präsidiums, das unter Hinzutritt weiterer Mitglieder auch als erweitertes Präsidium tagen kann. Eine gut ausgebaute und in Bonn residierende Geschäftsstelle zeichnet für die laufenden Angelegenheiten verantwortlich.³⁵ Unter dem hauptamtlichen Geschäftsführer sind

31 Satzung, § 1 Abs. 1.

32 Ebenda, § 1, Abs. 1 und 2.

33 Vgl. dazu und zum folgenden die Satzung.

35 Vgl. zum folgenden *Hochschulverband intern* 1995. Beilage zu *Lehre und Forschung*, S. 18.

Tabelle 6: Deutscher Hochschulverband; Zahl der Mitglieder³⁴

Jahr	Mitgliederzahl
1974	8600
1975	8600
1976	8600
1977	8600
1978	8600
1979	10000
1980	11000
1981	11000
1982	11000
1983	11000
1984	11000
1985	11600
1986	12000
1987	12000
1988	12000
1989	12400
1990	12400
1991	12400
1992	14700
1993	14700
1994	14700
1995	über 15000

allein drei verschiedene Justitiariate (Hochschul- und Beamtenrecht, Berufsberatung; Versorgungs-, Nebentätigkeits- und Steuerrecht; Recht der neuen Länder) angesiedelt, welche die Bedeutung der individuellen Betreuung von Mitgliedern anschaulich machen. Auch für die Mitgliederwerbung ist ein eigener Mitarbeiter zuständig, ein weiterer für den Ausschreibungsdienst. Weitere vier hauptamtlich Beschäftigte sind mit der Öffentlichkeitsarbeit und der Herausgabe der Verbandszeitschrift »Forschung und Lehre« beschäftigt. Insgesamt umfaßt die Geschäftsstelle derzeit 23 hauptamtliche Mitarbeiter und ist damit im Vergleich zu anderen Wissenschaftsverbänden hervorragend ausgestattet. Mitgliederbetreuung wie Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying wie Wissenschaftsförderung kann der Deutsche Hochschulverband daher ohne Probleme mit einem hohen Grad an Professionalität betreiben.

Portrait 2: Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen

Der 1987 gegründete »Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen« (LHG) ist ein klassisches Beispiel für einen parteipolitisch orientierten Studenten-

³⁴ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 523.

verband. Liberaler individualistischer Tradition gemäß dauerten die Anstrengungen, einen einheitlichen Bundesverband zu formieren, seit Kriegsende über dreißig Jahre, bis sich schließlich im Gründungsjahr sechs unabhängige liberale Hochschulorganisationen zur Fusion bereit erklärten.³⁶ Dem Selbstverständnis nach wirken in ihm »liberale und unabhängige Studenten, die sich gemeinsam für die Idee des politischen Liberalismus einsetzen. Der LHG vertritt die Interessen der Studenten und engagiert sich dabei besonders für deren politische, wirtschaftliche und soziale Belange«³⁷. Konkret geht es ihm dabei um die Erarbeitung von Hochschul- und Studienreformvorschlägen, die Mitarbeit an der Hochschulgesetzgebung und der Sozialgesetzgebung für Studenten und die Vertretung studentischer Interessen im inner- und ausseruniversitären Bereich.

Der Entstehungsgeschichte gemäß ist der LHG von einer weitgehenden Autonomie der Mitgliedsgruppen gegenüber der Bundesorganisation geprägt. Nicht Einzelpersonen können Mitglied werden, sondern nur die Gruppen der verschiedenen Hochschulen.³⁸ Derzeit sind 60 Hochschulgruppen im LHG organisiert und repräsentieren insgesamt ca. 4000 Studenten, wie Tabelle 7 zu entnehmen ist.

Tabelle 7: Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen; Zahl der Mitglieder und der angeschlossenen Organisationen³⁹

Jahr	Mitgliederzahl	Angeschlossene Organisationen
1988	1500	35
1989	2000	42
1990	2000	42
1991	2000	42
1992	4000	60
1993	4000	60
1994	4000	60
1995	4000	60

Gegenüber dem Jahr 1988, in dem der Verband zuerst in der Lobbyliste erscheint, ist dies ein deutlicher Anstieg: Die Zahl der repräsentierten Studenten konnte mehr als verdoppelt werden, und die Menge der Hochschulgruppen wuchs um ca. 75 %.

³⁶ Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen, Informationen für Interessenten und Freunde, o. O., o. J.

³⁷ Lobbyliste 1994, S. 110.

³⁸ Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen, Informationen für Interessenten und Freunde (wie Anm. 36).

³⁹ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 442.

Oberstes Beschlußgremium ist die Bundesmitgliederversammlung, zu der jede Mitgliedsgruppe je zwei Delegierte entsendet und die den fünfköpfigen Bundesvorstand wählt. Die Bundesgeschäftsstelle residiert in Bonn, ist aber aufgrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Verbandes nur mit einer personellen Mindestausstattung versehen.

c) Hochschulverbände

Überblick

Lediglich sechs Verbände widmen bzw. widmen sich der Vertretung der Interessen universitärer Forschungsinstitutionen. Sie sind in Übersicht 3 zusammengestellt.

Übersicht 3: Hochschulverbände

Nr.	Verbandsname	Jahr
1	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	1978-1991
2	Arbeitsgemeinschaft Hochschule	1974-1981
3	Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute	Seit 1983
4	Bundesverband Deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien	Seit 1976
5	Hochschulrektorenkonferenz (1974-1990: Westdeutsche Rektorenkonferenz)	Seit 1974
6	Schwarzburgbund	Seit 1985
7	World University Service, Deutsches Komitee	Seit 1992

So geht es dem »Schwarzburgbund« ganz allgemein um »Fragen der Hochschul- und Bildungspolitik; Vertretung akademischer Interessen in der Öffentlichkeit« und die »Pflege der Gemeinschaft Studierender und ehemaliger Hochschul­ler auf Lebenszeit«⁴⁰. Die jeweilige alma mater bildet hier also das verbindende Element zwischen den Mitgliedern. International tätig ist dagegen der »World University Service«, dem es um internationale Hochschulangelegenheiten, »entwicklungsbezogene Bildungsarbeit« und internationale Forschungsförderung geht.⁴¹

Spezifischer ist die »Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute« orientiert, die seit 1983 registriert ist. Ihr geht es um die »Förderung und Intensivierung der sozialwissenschaftlichen Forschung« und die »Anregung wissenschaftlicher Kommunikation und Kooperation«⁴². Gleichzeitig ist sie rechtlicher Träger des Informationszentrums Sozialwissenschaften.

40 Lobbyliste 1994, S. 261. Mitgliederstand 1994: 3500.

41 Lobbyliste 1994, S. 334. Das deutsche Komitee hat 1994 341 Mitglieder.

42 Lobbyliste 1994, S. 28. 1994 sind 92 Institute Mitglied.

Deutlicher Indikator für die immer noch ausgeprägten Vorbehalte gegenüber nichtuniversitärer akademischer Ausbildung ist schließlich der »Bundesverband Deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien«. Er tritt seit 1976 für den »Ausbau der Akademien nach einheitlichen Grundsätzen, die Festsetzung von Mindest-Erfordernissen, vor allem für die Zulassungsordnungen, die Studienplätze und die Prüfungsordnungen« ein. Ziel ist vor allem die »Sicherung des wissenschaftlichen Charakters und des fachlichen Ansehens der Akademien« und die »angemessene Bewertung der Abschlußzeugnisse der Akademien«⁴³.

Portrait: Hochschulrektorenkonferenz

Die weitaus wichtigste Interessenvertretung der deutschen Universitäten ist die Hochschulrektorenkonferenz (HRK). 1949 aufgrund der deutschen Teilung lediglich als »Westdeutsche Rektorenkonferenz« gegründet, konnte sie nach der Wiedervereinigung 1990 auf das regional einschränkende Adjektiv im Namen verzichten und firmiert seither unter der neuen Bezeichnung. In der HRK »wirken die Mitgliedshochschulen zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Forschung, der Lehre, der wissenschaftlichen Weiterbildung, des Technologie- und Wissenstransfers, der internationalen Kooperation und zur Vertretung sonstiger gemeinsamer Interessen zusammen und nehmen ihre gemeinsamen Belange wahr«⁴⁴. Mitglieder der HRK, repräsentiert durch die jeweiligen Rektoren bzw. Präsidenten, können alle staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen werden⁴⁵. Seit 1974 ist ein deutlicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, wie Tabelle 8 zu entnehmen ist.

239 Hochschulen sind heute in der HRK vertreten, 1974 betrug die Zahl nur 59. Zwei Gründe sind für diesen rasanten Anstieg verantwortlich zu machen. Zum einen schlägt sich in ihm die Welle an Neugründungen westdeutscher Universitäten in den sechziger und siebziger Jahren nieder, zum anderen hatten nach 1990 auch alle nach der Strukturreform verbliebenen ostdeutschen Hochschulen die Möglichkeit zum Beitritt und nahmen sie auch konsequent wahr. So ist die HRK heute in der Tat ein getreuliches Abbild der deutschen Hochschullandschaft und von daher auch von erheblichem politischen Gewicht.

43 Lobbyliste 1994, S. 102. 1994 sind 80 Akademien Mitglied.

44 Ordnung der HRK, § 1, Abs. 1.

45 Im einzelnen also Universitäten, Technische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen, Gesamthochschulen mit Promotionsrecht und Habilitationsrecht für die überwiegende Zahl ihrer Fakultäten bzw. Fachbereiche, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Philosophisch-Theologische und Kirchliche Hochschulen sowie sonstige staatlich anerkannte Hochschulen.

Tabelle 8: Hochschulrektorenkonferenz; Zahl der Mitglieder und der angeschlossenen Organisationen⁴⁶

Jahr	Mitgliederzahl	Angeschlossene Organisationen
1974	59	11
1975	59	11
1976	59	11
1977	59	11
1978	59	11
1979	161	11
1980	162	11
1981	158	11
1982	158	11
1983	158	11
1984	155	11
1985	162	11
1986	190	11
1987	190	11
1988	190	11
1989	190	11
1990	190	11
1991	213	16
1992	222	16
1993	230	16
1994	233	16
1995	239	16

Beschlußgremium der HRK ist das Plenum. Durch einen ausgeklügelten Gewichtungsschlüssel wird hier die Dominanz der wissenschaftlichen Hochschulen sichergestellt:⁴⁷ Hat dort jede Universität, Technische Hochschule bzw. sonstige mit Habilitationsrecht ausgestattete Hochschule ein individuelles Stimmrecht, so kommt allen Fachhochschulen zusammen nur ein Kontingent von 36 Stimmen zu, das wiederum durch einen regionalen Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt ist. Fachhochschulen müssen also mit anderen Worten Stimmführer bestimmen, können im Plenum nicht individuell tätig werden. Gleiches gilt *cum grano salis* auch für die übrigen Hochschulgruppen.

Die ausgeprägt föderale Struktur der HRK spiegelt sich vor allem im Senat wider, der das zentrale Planungsgremium der Organisation darstellt,

⁴⁶ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 776.

⁴⁷ Ordnung der HRK, § 8.

Beschlußvorlagen für das Plenum erarbeitet und im Wege des Eilentscheids auch selbst Beschlüsse fassen kann.⁴⁸ Er setzt sich aus Mitgliedern der einzelnen Landesrektorenkonferenzen zusammen, wobei auch hier gewichtet wird: Während Bayern und Baden-Württemberg je vier Senatoren stellen und Nordrhein-Westfalen sogar sechs entsenden darf, müssen sich Hessen und Niedersachsen mit je drei, Sachsen und Berlin mit jeweils zwei begnügen. Der Rest ist gar nur mit je einem Mitglied präsent.

Per Satzung ist auch die Einrichtung eines Sekretariats festgeschrieben, das dem Präsidium zuzuarbeiten hat. Unter der Leitung des Generalsekretärs ist in Bonn eine personell gut ausgestattete Geschäftsstelle tätig, die der HRK auch im politischen Tagesgeschäft den nötigen Einfluß verleiht.

d) Verbände hochschulexterner Forschungseinrichtungen

Überblick

Insgesamt 10 Verbände vertraten bzw. vertreten die Interessen hochschulexterner Forschungseinrichtungen. Sie sind in Übersicht 4 aufgelistet:

Übersicht 4: Verbände hochschulexterner Forschungseinrichtungen

Nr.	Verbandsname	Jahr
1	Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute	Seit 1985
2	Arbeitsgemeinschaft Solartechnik Bergstraße	Seit 1984
3	Arbeitskreis Deutscher Marktforschungs-Institute	Seit 1977
4	Chinesische Naturheilkunde Akademie	1994
5	Deutsche Akademie für kosmetische Chirurgie	1989-1991
6	Deutsche Akademie für Psychoanalyse	1974-1991
7	Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt	1974
8	Forschungsgemeinschaft des Gärungsgewerbes	1974-1978
9	Institut für Steuerwissenschaftliche Information	Seit 1990
10	Verband Forschender Arzneimittelhersteller (1988-1993: Medizinisch-Pharmazeutische Studiengesellschaft)	Seit 1988

Hier finden sich Interessengemeinschaften ganz unterschiedlicher Provenienz. Die »Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute« mit 60 Mitgliedsinstituten im Jahre 1994 etwa möchte »die Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Abstimmung zwischen den ökologischen Einzelforschern und Forschungsinstituten«⁴⁹ verbessern und deren Interessen gebündelt artikulieren. Das »Institut für Steuerwissenschaftliche Information« beschäftigt sich dagegen mit »Entwicklungen und Tendenzen im Steuerrecht und in angrenzenden Rechtsbereichen«⁵⁰, wobei es Schwerpunkte in den Bereichen Internationales Steuerrecht, Steuerstrafrecht und Rauschgiftkriminalität setzt.

48 EBD., § 13.

49 Lobbyliste 1994, S. 9.

50 Lobbyliste 1994, S. 236.

Auch privatrechtlich organisierte Akademien tauchen hier als Interessenorganisation auf. Beispielhaft ist die seit 1994 registrierte »Chinesische Naturheilkunde Akademie« mit 100 Mitgliedern, deren Zweck die »Verbreitung der Lehre der Traditionellen Chinesischen Medizin (TCM)« ist, »wobei hier in Deutschland von chinesischen Wissenschaftlern, Ärzten, Pharmakologen usw. die theoretische Hinführung zur Traditionellen Chinesischen Medizin und in China praktische Studien in TCM ermöglicht werden sollen«⁵¹.

Forschungseinrichtungen der Industrie sind ebenfalls durch eigene Verbände vertreten. So sammeln sich im »Verband Forschender Arzneimittelhersteller«, der seit 1988 in Bonn präsent ist, im Jahre 1994 sieben pharmazeutische Unternehmen. Seine Aufgabe ist es, »Wert und Bedeutung pharmazeutischer Forschung in der Öffentlichkeit darzustellen und zu vertreten«⁵². Gerade in einer Zeit, die von permanenten Protesten gegen Tierversuche im Rahmen der Arzneimittelforschung geprägt ist, ist das Auftreten dieses Verbandes als organisatorische Gegenkraft besonders symptomatisch.

Leichter hat es da die »Arbeitsgemeinschaft Solartechnik Bergstraße« mit zuletzt 260 Mitgliedern, die »ideell und praktisch die Einführung regenerativer Energiequellen, insbesondere der Sonnenenergie und der Wasserstofftechnologie« fördert, um damit »das Bewußtsein für Energie-sparmaßnahmen in der Bevölkerung zu vertiefen«⁵³. Zu diesem Zwecke unterhält sie Forschungseinrichtungen und wirkt durch die Herausgabe von Informationsmaterial und durch Vortragsveranstaltungen.

Portrait: Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute⁵⁴

Seit 1977 ist in der Lobbyliste der Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute registriert. Dem Selbstverständnis nach geht es ihm um die »Förderung des Gedankens der Marktforschung; Wahrung des Ansehens der Marktforschung und Durchsetzung der Berufsgrundsätze des Arbeitskreises; Schutz der Öffentlichkeit vor unzulänglichen Untersuchungen; ... Förderung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung und der Verbindung zu den Hochschulen«⁵⁵. Zu diesem Zweck haben sich derzeit 32 Institute zur Mitarbeit bereit erklärt, nicht wesentlich mehr als 1977, wie Tabelle 9 zu entnehmen ist.

51 Lobbyliste 1994, S. 124.

52 Lobbyliste 1994, S. 306.

53 Lobbyliste 1994, S. 28.

54 In der Lobbyliste von 1994 ist die Organisation noch unter ihrem alten Namen »Arbeitskreis Deutscher Marktforschungs-Institute« verzeichnet.

55 Lobbyliste 1994, S. 31.

Tabelle 9: Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute; Zahl der angeschlossenen Organisationen⁵⁶

Jahr	Angeschlossene Organisationen
1977	27
1978	27
1979	27
1980	27
1981	26
1982	29
1983	29
1984	31
1985	29
1986	30
1987	26
1988	26
1989	26
1990	26
1991	26
1992	26
1993	26
1994	26
1995	32

Unter ihnen ist mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach, Infas, Emnid und Infratest das »Establishment« der deutschen Meinungsforschungsinstitute genauso zu finden wie die Marktforschungsinstitute prominenter Unternehmensberatungsagenturen (Roland Berger).⁵⁷ Die Nennung dieser Namen weist bereits auf die ausgeprägte Heterogenität der Interessen der Mitglieder hin. Der Arbeitskreis kann also nicht mehr als ein lockeres Diskussionsforum für Organisationen unterschiedlichster Provenienz darstellen. Wenn sich das »Roland Berger Forschungsinstitut

⁵⁶ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 696-697.

⁵⁷ Darüber hinaus sind Mitglied: ALPHA-Institut. Gesellschaft für psychologische Markt- und Kommunikationsforschung; Psyma. Arbeitsgruppe für Psychologische Marktanalysen; ASK Gesellschaft für Sozial- und Konsumforschung; Basisresearch; Burke International; Compagnon Marktforschungsinstitut; FORSA; GfK; Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung; IFAK-Institut; Institut für industrielle Markt- und Werbeforschung Prof. Dr. Strothmann; Intermarket; IRES. Gesellschaft für Unternehmens-, Marketing- und Kommunikationsforschung; IVE Research International; Link + Partner; mc markt-consult institut für strukturforschung und marketingberatung; MARPLAN Forschungsgesellschaft; Mafo-Institut; Media Markt Analysen; Dr. Müller Markt- und Sozialforschung; A.C. Nielsen; Sample Institut; Schaefer Marktforschung; Sinus; Institut für Kommunikationsforschung von Keitz; Institut für Marktforschung; polis.

für Markt- und Systemforschung« primär um »Bedarfsprognosen, Potentialerhebungen, psychologische und repräsentative Erhebungen, Telefonsceenings, Szenariotechniken, Kreativ-Workshops, Typologien, Produktpositionierungen, Conjoint-Analysen, ... strategische Kommunikationskonzepte« und »Wettbewerbsanalysen«⁵⁸ kümmert, definiert es sein Wirkungsfeld doch deutlich anders als das Institut für Demoskopie in Allensbach, dem es in erster Linie um »repräsentative Befragungen (allgemeine Bevölkerung, Spezialquerschnitte bei Industrieunternehmen, Handel, Handwerk, freien Berufen, Meinungsführern), psychologische Studien, sozialwissenschaftliche Experimente; ... Produkt- und Werbetests; Copytests; Umfragen im Dienst der Rechtspraxis« und »soziologische und politische Studien«⁵⁹ geht.

Zudem begegnen sich viele Mitglieder auf dem Markt auch als scharfe Konkurrenten. Denn die eben zitierte Tätigkeitsbeschreibung der Allensbacher Demoskopie könnte ebenso von Emnid, Infas oder Infratest stammen. Kurzum: Der Arbeitskreis umfaßt ein sehr heterogenes Feld an Mitgliedsinstituten und kann daher nicht mehr sein als ein lockerer Verbund.

Fazit

Folgende zentrale Ergebnisse der Studie sind an dieser Stelle noch einmal bilanzierend zusammenzufassen:

1. Im Rahmen der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hin zu einer organisierten Dienstleistungsgesellschaft hat auch das Kräftefeld deutscher Wissenschaftsorganisationen eine stürmische Ausdehnung erfahren. Mehr noch: Es wächst, global betrachtet, zwischen 1974 und 1994 noch wesentlich schneller als die Verbandsspektren anderer Bereiche des tertiären Sektors.

2. Jedoch stellt auch das Kräftefeld deutscher Wissenschaftsorganisationen kein homogenes Ganzes dar. Es setzt sich zusammen aus wissenschaftlichen Gesellschaften, wissenschaftlichen Berufsverbänden, Hochschulverbänden und Verbänden hochschulexterner Forschungseinrichtungen. Das größte Entwicklungspotential ist dabei dem ersten Typus eigen: Für den exponentiellen quantitativen Zuwachs an deutschen Wissenschaftsorganisationen in den letzten zwanzig Jahren zeichnen vor allen Dingen die wissenschaftlichen Gesellschaften verantwortlich. Bei den anderen Gruppen sind die Zuwächse wesentlich bescheidener.

3. Das bedeutet also, daß nur dasjenige Teilspektrum an Vereinigungen sich deutlich ausdehnt, das den Wissenschaftsdisziplinen und ihrer Förderung dient, nicht aber jene Spektren boomen, die sich um die Interessen der

⁵⁸ Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft (wie Anm. 19), S. 696.

⁵⁹ EBD.

Forschungsinstitutionen und um die beruflichen Belange der Wissenschaftler kümmern. Während sich laufend neue Wissenschaftsdisziplinen bilden und sich ihre eigenen Gesellschaften neu schaffen, haben die Kräftefelder beruflicher und forschungsorganisatorischer Wissenschaftsverbände seit Beginn der siebziger Jahre im Grunde kaum wesentliche Veränderungen erfahren. Hier dominieren nach wie vor die großen Leitverbände.

Ist das eingangs zitierte Monitum Max Webers also noch zeitgemäß? Ist die Entwicklung der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft nicht längst über diese Position hinweggegangen und hat den Forschern ein anderes Selbstverständnis verliehen als zu Zeiten des großen sozialwissenschaftlichen Gelehrten? Komplexe Fragen verlangen nach komplexen Antworten: Einerseits ist auch heute noch unbestritten, daß Solidität wissenschaftlicher Forschung nur dort gewährleistet ist, wo diese sich tagespolitischen Opportunitätsabwägungen entzieht, sich nicht zu politischen Zwecken instrumentalisieren läßt, sondern ganz im Sinne Webers nach objektiver Erkenntnis sucht. Insoweit ist es nach wie vor unbestritten, nach einer klaren Trennung wissenschaftlicher und politischer Arbeit zu suchen. Jedoch hat die Analyse des Spektrums bundesdeutscher organisierter Forschung auch deutlich gezeigt, daß diese Grenzziehung in der Praxis problematisch werden muß. Denn gerade die Entwicklungen der Wissenschaftsdisziplinen selbst generieren politisches Handeln insoweit, als die in ihnen verorteten Forscher ihre Existenzberechtigung *coram publico* begründen wollen und begründen müssen. Mit anderen Worten: Die Kenntnis des wissenschaftlichen Stellenwerts der eigenen Disziplin produziert postwendend politischen Einsatz für ihre Belange. Komplementär dazu wird die Entwicklung der Disziplinen selbst von den politischen Rahmenbedingungen sehr stark geprägt, zumal durch das Instrument der Forschungsförderung. Wo etwa Sonderforschungsbereiche durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft bewilligt bzw. verweigert werden, werden auch die Produktion objektiven Wissens und die Evolution ganzer Wissenschaftssektoren positiv bzw. negativ beeinflusst.

Kurzum: Das Selbstverständnis eines Forschers wird letztlich nicht eindeutig zwischen wissenschaftlicher und politischer Arbeit trennen können, da beide gleichermaßen der »*scientia semper reformanda*« dienen: Wissenschaftliche Arbeit dient im Sinne Karl Poppers der Bereicherung der Welt der objektiven Gedankeninhalte (Welt 3), politische Arbeit der Schaffung und Sicherung der physischen (Welt 1) bzw. personellen und damit individulkognitiven (Welt 2) Basis der Wissenschaft.⁶⁰ Verengte Weber also den Blick auf Poppers dritte Welt, so bringt die Praxis gerade eine enge und zwingende Verknüpfung zwischen allen dreien. Wissenschaft ist

⁶⁰ Karl R. POPPER, *Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf*, 2. Aufl. Hamburg 1973, S. 123-140.

ohne ihr entspringendes, aber auch ohne sie bedingtes politisches Handeln nicht denkbar, und insoweit kann Webers Mahnung auch nur auf »Welt 3« bezogen bleiben. Hier hat sie ihre Berechtigung, hier aber findet sie auch ihre Grenzen.

